

Editorial

Liebe Leser*innen,
Liebe Genoss*innen,

mit unserem Newsletter informieren wir euch wie gewohnt über die vergangene Ratssitzung.

Darüber hinaus möchten wir euch an den Bürger*innenentscheid zur Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft erinnern. Am 26.05.2019 findet zeitgleich mit der Europawahl der Bürger*innenentscheid statt. Wir haben dazu einen Infolyer entworfen. Dieser lässt sich auf unserer Website herunterladen. Einfach [hier](#) klicken!

Solidarische Grüße,

Giesela, Heidi, Anke, Robert
und Lars

Termine

27.05.2019 Fraktionssitzung,
14:00 Uhr, Raum Justus Möser

28.05.2019 Ratssitzung, 17:00
Uhr

03.06.2019 Fraktionssitzung,
17:00 Uhr, Kleine Ratskammer

Wann und wo die nächsten Ausschusssitzungen stattfinden, lässt sich über das [Ratsinformationssystem](#) herausfinden.

Rückblick April-Sitzung

Bei der letzten Sitzung des Rates wurden neben unseren eigenen Anträgen auch diverse andere Themen behandelt, über welche wir Euch hiermit informieren.

Wohnraum schützen – Zweckentfremdungsverbot umsetzen

Nachdem der Niedersächsische Landtag das "Niedersächsisches Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum" (NzWEWG) verabschiedet hat, haben wir erneut einen [Antrag](#) im Rat gestellt, um eine auf diesem Gesetz basierende Satzung in Osnabrück einzuführen. Es gibt zwar eine Kontaktstelle Wohnraum der Stadt, diese ist sich jedoch selbst nicht wirklich im Klaren darüber, welche Kompetenzen sie gegenüber Eigentümer*innen von leerstehendem Wohnraum besitzt. Die von uns geforderte Satzung würde für den Fall der Fälle eine rechtliche Basis bereitstellen und Handlungsfähigkeit ermöglichen. Leider fand unser Antrag im Rat keine Mehrheit und wird nun im Stadtentwicklungsausschuss weiter diskutiert.

Mietwohnungen statt Eigentumswoh- nungen bauen

Gleichzeitig sehen wir nach wie vor dringenden Bedarf was die [Optimierung des Handlungsprogramm Bezahlbarer Wohnraum](#) angeht. Die Möglichkeit für Investor*innen, die bereits niedrig angesetzte Verpflichtung zur Schaffung bezahlbarer Mietwohnungen über die sogenannten sozialen Belegungsbindungen zu umgehen, indem sie stattdessen Eigentumswohnungen bauen ist nicht hinnehmbar! Private Investor*innen ziehen es ohnehin vor Eigentumswohnungen zu bauen und anzubieten, da sich dadurch schnellere und höhere Gewinne erzielen lassen. Immobilien zur Miete anzubieten bedeutet stets ein langfristiges Engagement, statt schneller Profite. Ebenso ist die hiermit verbundene These,



dass durch diese Option indirekt günstige Mietwohnungen frei werden, dringend kritisch zu hinterfragen.

Selbst die Verwaltung hat mittlerweile in zwei Mitteilungsvorlagen bemerkt, dass die Ausnahmeregelung im Handlungsprogramm dem Interesse der Stadt nach der Schaffung bezahlbaren und guten Wohnraum entgegensteht. Diese Erkenntnis ist leider noch nicht bei der Mehrheit der Fraktionen im Stadtrat angekommen. Wir bleiben hier am Ball und werden im Stadtentwicklungsausschuss die Streichung dieser Ausnahmeregelung weiter einfordern. Wir brauchen in unserer Stadt bezahlbare und gute Mietwohnungen für alle, statt Eigentumswohnungen für schnelle Profite von Investor*innen!

Ein weiterer Grund für ein Ja von Euch bei dem Bürger*innenentscheid zur kommunalen Wohnungsgesellschaft am 26.05.2019! Mit dieser Entscheidung habt Ihr es selbst in der Hand für neuen und bezahlbaren Wohnraum zu sorgen!

Keine Zustimmung zu unzureichenden Sozialbindungsquoten!

Passend zum vorherigen Thema haben wir uns dazu entschieden ab sofort keinen Bebauungsplänen der Stadt mehr zuzustimmen in denen die unzureichenden

—> Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung Seite 1

Sozialbindungsquoten des Handlungsprogramms Bezahlbarer Wohnraum zum Tragen kommen.

Derzeit gibt es in unserer Stadt noch 1545 Wohnungen mit Belegungsbindung. In diesem Jahr reduziert sich die Zahl nochmals deutlich um 300 Wohnungen. Dieses Dilemma ist das Ergebnis einer Politik, die private Investor*innen fördert und sich so Belegungsbindungen auf Zeit kauft. Wir sagen Schluss mit dieser Bevorzugung von privatem Kapital und endlich wieder mehr Fokus auf das öffentliche Interesse!

Keine Abschiebezentrale in Osnabrück!

Das Land Niedersachsen hatte erwogen im Erich-Maria-Remarque Haus eine zentrale Landesbehörde für die Abschiebung von Geflüchteten einzurichten. Richtigerweise hatten die Kolleg*innen der Grünen hiergegen einen Antrag an den Stadtrat gerichtet, welcher gefordert hatte das Land zu einem Überdenken dieser Pläne anzuhalten. Die Zentralisierung der Aufgabe auf Landesebene engt die kommunalen Entscheidungsspielräume erheblich ein. Die Umstände des jeweiligen Einzelschicksals und lokale Aspekte bleiben dann unbeachtet. Leider zeigte sich im Stadtrat die GroKo aus CDU und SPD in landespolitischer Vertrautheit einig, hierzu keinen Beschluss zu fassen.

Im Nachgang zur Ratssitzung ist jetzt zwar aus dem Innenministerium zu hören, dass es aufgrund der Proteste keine Abschiebezentrale in unserer Stadt geben wird. Als neuer Standort ist nun Langenhagen bei Hannover geplant. Wir sagen deutlich: Egal wo, eine zentrale Abschiebebehörde geht garnicht! Wir müssen die Menschen endlich vernünftig integrieren und nicht das Geld für eine fehlgeleitete Abschottungspolitik ausgeben.

Flatauerhaus wird Investoren überlassen

In der Ratssitzung stand nun auch noch einmal der Ankauf des Flatauerhaus in der Herderstraße auf der Tagesordnung. Gemeinsam mit SPD und Grünen wollten wir noch einmal den

Ankauf der Immobilie überdenken. Aus der Osnabrücker Zivilgesellschaft kamen eine ganze Bandbreite an Ideen. Bei einem Treffen mit dem Bürger*innenverein Katharinenviertel ist die Motivation der Bürger*innen deutlich geworden, dass hier ein Objekt steht, das gemeinsam mit den Bürger*innen entwickelt werden kann. Das Konzept zur Errichtung eines Museums über jüdisches Leben in Osnabrück hätte an diesem Standort sehr gut mit dem Felix-Nussbaum-Haus und der Synagoge entwickelt werden können. Sehr schade, sich CDU, BOB, FDP sowie auch Oberbürgermeister Griesert gegen den Ankauf entschieden haben. Nun steht zu befürchten, dass das Flatauerhaus dem privaten Immobilienmarkt überlassen werden wird.

Lupenreine Geschichte von wegen! Das Memorandum "Niedersachsen für Europa" ist uns zu euphorisch!

Auf Antrag der SPD Fraktion kam es im Rat zu einem kleinen Europawahlkampf, in dem sich die anderen Fraktionen mit kritiklosen Lobliedern über die EU übertrumpften. Zweifelsohne hat die EU wichtige Errungenschaften und Veränderungen für die Bevölkerungen Europas mit sich gebracht. Nichtsdestotrotz darf dabei ein kritischer Blick auf die gegenwärtigen und vergangenen Entwicklungen nicht fehlen. Natürlich hat die EU Europa eine lange Phase des Friedens gebracht. Gleichzeitig haben sich aber Ende der 90er Jahre auch verschiedene europäische Staaten an der Zerschlagung Jugoslawiens beteiligt. Gerade in Deutschland ein Verrat an der erstrebenswerten Utopie „Nie wieder Krieg!“.

Der ökonomische Wiederaufstieg Europas nach den zwei Weltkriegen ist ebenso nicht von der Hand zu weisen. Jedoch zeigen sich in der EU auch konsequent die neoliberalen Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte. Der europäische Wohlstand ist reichhaltig aber gleichzeitig extrem einseitig verteilt!

DIE LINKE. sagt Ja! zu Europa aber gleichzeitig sagen wir auch ganz klar Nein! zu kritik- und bedingungsloser Euphorie. Ein kritischer Blick auf die Geschichte bleibt unabdingbar und konnte von uns bei diesem Tagesordnungspunkt in der Ratssitzung deutlich angebracht werden

Für uns im Rat

Giesela Brandes-Steggewentz
(Fraktionsvorsitzende)

0152/56750888

Heidi Reichinnek

0170/4060502

Fraktionsgeschäftsstelle

Anke Kuhn und Lars Wöllecke

Zimmer 19, Bierstraße 29/31

Telefon:

0541/323 4595

eMail:

linksfraktion@osnabrueck.de